Margit Mayer/Steven Katz

Neue Obdachlosigkeit

Im Winter 1982/83 waren in den USA schätzungsweise zwei Millionen Menschen ohne Wohnung, lebten auf den Straßen und Highways des Landes. Zwar waren die Randgruppen der „Nichtseßhaften" – *winos, tramps und hobos* – seit jeher ein fester Bestandteil des „anderen Amerika". Doch zu diesen traditionell wohnungslosen Gruppen gesellen sich gegenwärtig immer mehr arbeitslos gewordene Arbeiter und Angestellte mit ihren Familien, die in Zeltsiedlungen am Rande Houstons, in ihrem Auto auf dem Parkplatz eines Motels in Kansas oder unter Brücken in Südkalifornien leben. Vertreter dieser neu entdeckten Klientel warnten bereits vor einer Nation voller Kalkutta-Slums, deren Städte „von Küste zu Küste von Pflasterbewohnern wimmeln". Der Kongreß wurde von einem aufgewachten öffentlichen Gewissen bedrängt, das nicht länger willens sei, eine „gesellschaftliche Ordnung und eine Regierung" zu akzeptieren, die Millionen von Bürgern erlaube, „auf den Straßen unserer Städte zu leben" [1].

Zeltstädte und „Reaganvilles" schossen überall im Land empor und lenkten für einen Moment die Aufmerksamkeit der bundesweiten Medien auf das Phänomen der Massenobdachlosigkeit inmitten der reichsten Nation; gleichzeitig begann sich eine neue Welle von Hausbesetzungen abzuzeichnen.

Während Obdachlosigkeit als „heißes" Thema in dem Maße wieder abkühlte, wie der Frühling den Winter ablöste, ist das Problem jedoch – und seine Wurzel in der Umstrukturierung der US-amerikanischen Wohnungs- und Arbeitsmärkte – keineswegs verschwunden. Im Gegenteil ist für den kommenden Winter eine Wiederholung des schrecklichen Szenarios vom letzten Jahr zu erwarten, mit möglicherweise noch schlimmeren Folgen. Ob die begrenzten – und größtenteils gerichtlichen – Protest- und Fürsprecher-Aktivitäten im kommenden Jahr extensiver und effektiver sein werden als im letzten Winter, bleibt abzuwarten: es scheint, als seien die Obdachlosen eine zu uneinheitliche Gruppe und zu sehr damit beschäftigt, nach Arbeit und Wohnung zu suchen, als daß sie die gesellschaftliche Basis für eine neue amerikanische soziale Bewegung darstellen könnten. Es scheint, jedenfalls zum jetzigen Zeitpunkt, als habe Obdachlosigkeit weniger mit „neuen sozialen Bewegungen" zu tun als vielmehr mit „neuer gesellschaftlicher Mobilität": dem Ausgegrenztwerden von Millionen amerikanischer Arbeiter durch erzwungene geographische und berufliche Bewegung.

New York: „Don't push me, 'cause I'm close to the edge..."

Begonnen hatte alles in New York. Während die neue Form von *homelessness* – die so neu auch wieder nicht war, weil sie in vielem an die große Depression der dreißiger Jahre erinnert – erst seit dem Winter 1982/83 als nationales Problem auftauchte, lassen sich die Vorläufer dieser Entwicklung bis zu den Jahren der Finanzkrise zurückverfolgen, die am schärfsten 1974/75 in New York ausgetragen wurde. Gleichsam modellhaft wurde in New York die Fiskalkrise zum Anlaß für eine Umpolung städtischer Politik über die Banken und die Bundesregierung genommen, die nicht nur zu einer Veränderung des Arbeits-, sondern auch des Wohnungsmarkts führte.

Anfang der sechziger Jahre bewirkte eine „Offene Psychiatrie"-Bewegung die Entlassung vieler Patienten aus den Anstalten in die „Community". Sie sollten dort mit Hilfe von „Halfway houses" und Unterstützung einschließlich weitergehender Behandlung ein selbständigeres Leben lernen. Konservativen Politikern war die offene Psychiatrie jedoch nur ein Mittel zur Lösung der Fiskalkrise: Anfang der siebziger Jahre warf der Staat New York Tausende von Patienten auf die Straßen und hauptsächlich in die billigen „SRO-Hotels", während er gleichzeitig die Mittel für Unterstützungsprogramme strich. Diese „Single Room Occupancy"-Hotels – eine zentrale und letzte Möglichkeit billigen Wohnens – konzentrierten sich in Manhattans West Side und in der Bowery: Gegenden, die sie zum bevorzugten Objekt massiven Entwicklungsdrucks privater Sanierungsträger werden ließen. Zwischen 1975 und 1982 wurden ca. 37.000 SRO-Einheiten in modernisierte Wohnungen verwandelt. Heute existieren nur noch 13.000 Einheiten [2]. Was die SRO-Umwandlungen so profitabel machte, war das sogenannte „J-51"-Steuernachlaßprogramm. Dieses 1956 verabschiedete städtische Programm sollte ursprünglich Eigentümer dazu anregen, Altbauwohnungen zu renovieren; 1975 wurde es auf Hotels und andere kommerzielle Wohnbereiche ausgedehnt und sein Zweck verkehrt: Es führte nicht nur zur Beseitigung von Dreiviertel aller SRO-Einheiten in New York, sondern spielt generell bei der „Gentrifizierung" eine wichtige Rolle *. Das Programm funktioniert so, daß die Stadt für einige Jahre Grundsteuereinnahmen verliert, aber indirekt ihre Einnahmen dadurch zu erhöhen trachtet, daß die Bauindustrie unterstützt wird, daß das Angebot an teuren Wohnungen wächst und dadurch Schichten mit hohem Einkommen, konsumfähige Bewohner in die Stadt strömen.

Diese beiden Maßnahmen waren jedoch nur das schärfste Messer, das am Bestand erschwinglichen Wohnraums für die städtische Bevölkerung Schnitte

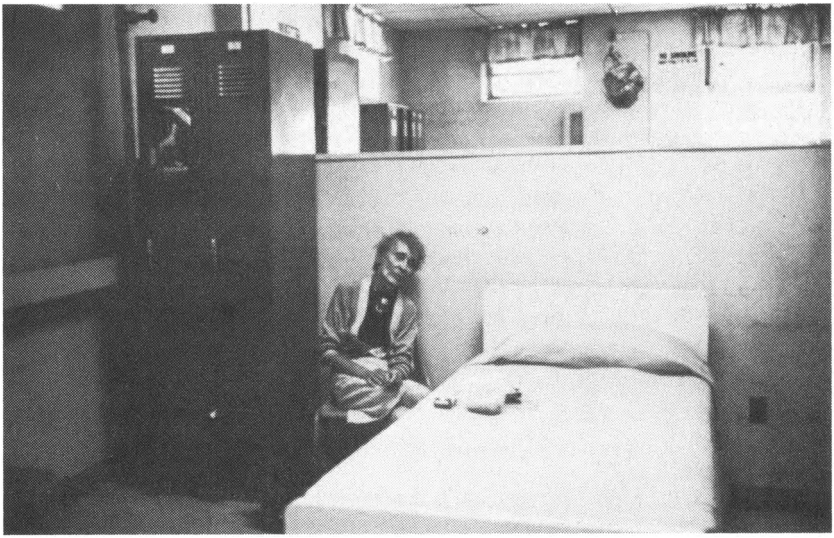
* Die Mieter oder Eigentümer der luxusmodernisierten Wohnungen sind Mitglieder jener neuen (kinderlosen und gutsituierten) Mittelschicht, die die Soziologen „Gentry" nennen, folglich nennen sie den Verdrängungsprozeß der vorherigen Mieter durch diese Schicht und die damit einhergehende Aufwertung der Grundstücke „Gentrifizierung".

setzte. Während der siebziger Jahre war die Leerstandsrate so niedrig wie noch nie in den letzten vierzig Jahren, während gleichzeitig 312.000 Einheiten durch Abbruch und Brände ganz verschwanden [3]. Im Laufe des Jahrzehnts haben sich die Mieten mehr als verdoppelt, während das Realeinkommen, nach Inflationsabzug, stagnierte; die Mietzuschüsse für Wohlfahrtsabhängige sind obendrein auf dem 1972er Niveau eingefroren worden. Diese Prozesse auf dem Wohnungsmarkt haben, zusammen mit dem Verschwinden von über 500.000 Arbeitsplätzen (von 1969 bis 1976), mit besonders hohen Arbeitslosenraten in den schwarzen und puertorikanischen Stadtvierteln und den Kürzungen der Sozialleistungen auf allen Ebenen zu der qualitativ neuen Form von Obdachlosigkeit in New York geführt.

Während der finanzielle Bankrott der Stadt abgewendet wurde, flossen wieder enorme Investitionen in die Innenstadt. Die sozialen Konsequenzen der Sanierungs- und Modernisierungsstrategien der Bauindustrien und der Austerity-Politik wurden dabei einkalkuliert.

1981 veröffentlichte die Community Service Society, eine lokale Wohlfahrtsorganisation, ihre Studie über Obdachlosigkeit in New York, in der die Zahl der erwachsenen Nichtseßhaften, die auf New Yorks Straßen leben, auf 36.000 geschätzt wurde [4]. Ein Jahr später ergänzte CSS, daß etwa 20.000 Kinder in der gleichen Situation leben. Diese Schätzungen übertrafen die offiziellen Angaben der städtischen Behörden um das Zehnfache, sie wurden von den Fürsorgebehörden nie akzeptiert. Die Stadt New York schätzte für den Winter 1982/83 immerhin, daß sie „Shelter" – Essen, Waschmöglichkeiten und ein Bett – für 5.300 Männer und Frauen würde bereithalten müssen, dreißig Prozent mehr als im letzten Winter [5]. Schon im Sommer hatte sich die Nachfrage nach Shelter um vierzig Prozent gegenüber dem Vorsommer erhöht. Über ein Jahr, nachdem die Stadt einer gerichtlichen Verfügung entsprochen hatte, jedem Bedürftigen ein Bett zu bieten, verfügte sie (im September 1982) jedoch nur über 4.500 Betten. (Zum Vergleich: 1978 waren überhaupt nur 1.800 Plätze verfügbar.) Folglich muß die Stadt jetzt, obwohl ihr Budget mit rund 32 Millionen Dollar viermal soviel Geldmittel für Heime vorsieht wie letztes Jahr, wieder einmal Notlösungen wie die „National Guard Armories" (Robert Hayes von der Coalition for the Homeless nannte sie in ihrer neuen Funktion „Menschenlagerhallen") und „Sit-up Space" anwenden: Das ist der behördliche Sprachgebrauch für Schlafen im Sitzen in den Vorhallen der Obdachlosenheime. Kirchen verschiedener Glaubensrichtungen haben eine „Partnership for the Homeless" gegründet in Reaktion auf Bürgermeister Ed Kochs Aufruf, sie sollten den Obdachlosen ihre Türen öffnen.

Was in den offiziellen Daten fehlt und worauf jedoch das Funktionieren der kommunalen Obdachlosenprogramme basiert, ist der Zustand und die Aufenthaltsbedingungen, die in diesen Shelters herrschen. Zwar wird eine Verantwortliche aus der städtischen Human Resources Administration zitiert: „Es gibt mehr als genug Platz, und die Menschen bekommen, was sie brauchen" [6],



(Photo: Ann Marie Rousseau/„Shopping Bag Ladies")

jedoch teilen offensichtlich viele Betroffene die städtische Vorstellung von Menschenwürde nicht. Die Zahl der Obdachlosen, die sich weigern, von dem städtischen Angebot Gebrauch zu machen, ist nicht zu ermitteln, aber sicher beträchtlich. Vor kurzem berichtete die *New York Times*, daß viele „Shopping bag ladies" (so genannt wegen der Einkaufstüten, in denen sie ihre Habseligkeiten, ja ihre Identität tragen) sich weigern, dorthin zu gehen, daß sie ihre Nächte lieber in den Toiletten und Wartehallen der Bus- und Bahnhöfe verbringen. Der Reporter erklärte, sie hätten Angst, „angemacht und sexuell belästigt und bestohlen zu werden. Einige sagten, sie mögen nicht rumkommandiert und im Heim gehalten werden." Eine Sozialfürsorgearbeiterin, die eine „typische Nacht auf der Frauentoilette von Penn Station" beschrieb, sagte: „Gewöhnlich sind fünfunddreißig Leute hier." [7]

Während sich unter den Heißlufttunnels und Schächten des Grand Central-Bahnhofs ein verstecktes „Homeless Village" etabliert hat, berichtete eine Folgestudie der Community Service Society, daß das Asylsystem der Stadt noch immer gekennzeichnet ist von „Überfüllung in den zentralen Aufnahmeplätzen, von fortgesetztem Verlaß auf höchst mangelhaft ausgestattete Unterkünfte und unzureichenden Waschgelegenheiten" [8]. Im November 1982 rief die Stadt New York sogar noch das Gericht an, um die erwähnte Verfügung wieder aufheben zu lassen – mit dem Argument, es sei „zu teuer", die Unterkünfte mit anständigen Duschen und Toiletten auszustatten [9].

Die Obdachlosen der achtziger Jahre in New York, um die sich die städtische

Regierung so widerwillig kümmert und die, ob in den Shelters oder auf den Straßen, ein hartes Leben fristen, sind nicht der klassische „Bowery Bum" von früher, der weiße, ältere Alkoholiker *(wino)*. In New York sind die Obdachlosen heute eher schwarz und puertorikanisch, jung, mit Schulausbildung, häufig sogar College. Viele von ihnen sind Veteranen aus dem Vietnamkrieg – oft noch mit ihrer Drogenabhängigkeit von damals – oder ehemalige Insassen psychiatrischer Anstalten, und immer mehr sind Opfer des 'gentrifizierten' Wohnungsmarkts: aus ihren Wohnungen vertrieben, weil diese in Luxus-Kooperativen oder Eigentumswohnungen verwandelt wurden. Diese Veränderung im Profil der Obdachlosen war direktes Resultat der Umpolung staatlicher Politik in den Austerity-Jahren. New York war die erste Stadt, die den Investitionsstrategien der Banken direkt unterworfen wurde – und in der bald darauf eine qualitativ neue Form von Obdachlosigkeit um sich griff.

Skidrow on Route 66

Seit dem Frühjahr 1982 machten die neuen Obdachlosen in den Staaten des Mittelwestens oder sogar in den Sunbelt-Staaten Schlagzeilen. Eine Stadt nach der anderen sah sich plötzlich gezwungen, Asyle und Suppenküchen zu eröffnen, um einem – für manche Städte völlig neuen – Problem zu begegnen [10]. In einer der einkommensstärksten Regionen Südkaliforniens (Orange County) begannen sich die Zeltplätze der Nationalparks mit ständigen Gästen zu überfüllen, und die Wohlfahrtsorganisationen erhielten ungewohnten Zulauf: Auch hier führte ein rasanter Anstieg der Arbeitslosenrate (von 3,6 Prozent im Mai 1981 auf 6,4 Prozent ein Jahr darauf) zusammen mit hochgeschnellten Mieten (die Ursache auch hier hauptsächlich „condominium conversions" und die Wegsanierung billiger Hotels in den Innenstädten) zu der neuartigen Wohnungsnot, die sich in „Zeltstädten" oder unter Brücken scheinbar idyllisch manifestiert [11].

Mit dem Einbruch des Winters verwandelten sich die Meldungen über die immer zahlreicher werdenden Nomaden auf Jobsuche in Horrormeldungen: „Im Auto erfroren" in Denver [12]; vier obdachlose Männer tot auf den Straßen Washingtons [13]; „gestrandeten Familien Hilfe verweigert" [14]. Phoenix, in Arizona, hat schlicht seine öffentlichen Obdachlosenheime geschlossen (inzwischen eines auf Druck wieder geöffnet) und ein Gesetz verabschiedet, das es strafbar macht, sich im Freien zu lagern. Der Müll wurde zum kommunalen Eigentum erklärt, womit das Durchsuchen nach Eßbarem strafbar wurde. Mit 6.000 Obdachlosen (und 400.000 Hungernden, so schätzt Bürgermeister Coleman Young) ist Detroit fast zur Geisterstadt geworden. In Scharen haben Einwohner die Stadt in Richtung erhoffter Jobs verlassen. Um die weitere Überflutung südlicher Regionen mit „Black Tags", den schwarzen Nummernschildern aus Michigan, zu verhindern, werden im Detroiter Fernsehen z.B. Anzeigen von Houston, Texas, ausgestrahlt, die abschreckend zeigen, wie Menschen unter Autobahnbrücken hausen. Die Kommunalverwaltungen der

Sunbelt-Städte haben auch keine Mittel für die „neuen Armen". Houston hat schon 15.000, Chicago 12.000, San Francisco 10.000 Obdachlose (Schätzungen der National Coalition for the Homeless). Gleichzeitig hält das House Subcommittee on Housing and Community Development im amerikanischen Kongreß Hearings zur „nationalen Tragödie und nationalen Schande", bei denen alte Vorurteile der Öffentlichkeit korrigiert werden. „Wir dachten allzulange, daß die Obdachlosen gern auf der Straße leben", gab Carol Bellamy, Präsidentin des New Yorker Stadtrats, dort zu Protokoll [15].

Schätzungen zufolge sind etwa eine Million, also die Hälfte der heutigen Obdachlosen, nicht die „traditionellen", sondern rekrutieren sich aus einer „besser ausgebildeten Klasse": „Familien, die einigermaßen gesichert in ihrem Beruf und mit ihren Qualifikationen dastanden, Menschen, die auf der Angestelltenleiter aufwärts mobil waren", so beschrieb Les Jones, der in Denver, Colorado, das Traveler's Aid-Büro führt, seine neue Klientel [16]. Zunächst waren es vor allem Frauen und junge Menschen, besonders Mitglieder sogenannter minoritärer Gruppen, die das Bild des traditionellen Obdachlosen änderten, dann immer mehr und alle möglichen Opfer der steigenden Arbeitslosigkeit in den verschiedensten Bereichen.

Auch auf nationaler Ebene läßt sich erkennen, daß diese neue Obdachlosigkeit sich nicht einfach Marktgesetzen verdankt, sondern finanz- und wohnungspolitischen Entscheidungen, die hohe Arbeitslosigkeit und steigende Grundstückspreise einkalkulierten.

Zusammen mit der Demontage des (im Vergleich zu Europa ohnehin dünnen) sozialen Netzes wurde so eine Massenarbeits- und Massenobdachlosigkeit produziert, der nun mit Parolen zur Selbsthilfe bzw. zur „solidarischen Unterstützung" begegnet wird. Weil die bundes- und einzelstaatlichen Kürzungen und die strikteren Auswahlkriterien für die sozialpolitischen Programme [17] gerade die knapp oberhalb der offiziellen Armutsgrenze liegenden Amerikaner treffen, werden vor allem Arbeitsfähige, deren Einkommen temporär oder chronisch unzureichend sind, von der Rezession betroffen. Wenn die Arbeitslosenunterstützung (meist nach 39, manchmal nach 52 Wochen) und – wenn vorhanden – die gewerkschaftliche Überbrückung ausgelaufen ist, bleibt jetzt, da andere Unterstützungsprogramme scharf reduziert wurden (die den Einzelstaaten obliegende Sozialhilfe ist mehr von Ausschlußregeln und Einschränkungen als von Anrechten bestimmt, eine Million Menschen verloren dank Reagans Kürzungen ihr Anrecht auf „Food Stamps"), nur noch das individuell Gesparte und dann die private Wohltätigkeit.

Ein Markt privater Wohlfahrt, in dem die Kirchen und Verbände um Spenden der Industrie und der Stiftungen konkurrieren, soll das Problem regeln. Zur Mobilisierung privater Wohltätigkeit und Selbsthilfe berief Reagan die „Task Force on Private Sector Activities" ein. Sie soll, wie auch einige weitere Kommissionen, Empfehlungen entwickeln, wie das Konzept des „Volunteerism" vor allem auf lokaler Ebene realisiert werden könne – eine schwierige Aufgabe,

kam doch eine Kommission bereits zu dem Schluß, daß die privaten „non profit"-Organisationen niemals das Loch stopfen können, das durch den Wegfall der Bundesgelder für eben diese Stadtteil- und Selbsthilfeorganisationen gerissen wurde. Der Appell an lokale Nachbarschaftsorganisationen und „Public-private Partnerships" erweist sich für viele Betroffene als zynisch, in seiner Eingebundenheit in weitreichende Reindustrialisierungs- und Neokorporatisierungsversuche allerdings als Verschärfung des ökonomischen Prinzips. Vor Ort wird dieser Disziplinierungstrend flankiert von einem kommunalpolitischen Programm, wie es – wiederum führend – in der Stadt New York von den Politikberatern Horton und Brecher entwickelt wurde [18]: Den Kommunen stehen im Rahmen des „New Federalism" mehr Kompetenzen, aber weniger Ressourcen zu, so daß die Selbsthilfe der Bürger erwünscht wird, und zwar nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, sondern um die „Anspruchsmentalität", das „natürliche Recht" auf einen bestimmten Lebensstandard zu brechen und Arbeitsdisziplin wiederherzustellen. Die Verhaltensmodifikation, die bei den „Neuen Armen" Amerikas durch Verlust von Arbeit und Wohnung erzeugt wird, wird bereits aus den journalistischen Reportagen ersichtlich: Viele Betroffene geben sich selbst die Schuld [19].

Perspektiven der Gegenwehr

Während Obdachlosigkeit sicherlich geeignet ist, striktere Normen der Selbstdisziplin gesellschaftlich durchzusetzen, gibt es dennoch auch Gegenwehr. Der Protest und die Aktivitäten, die sich gegen die neue „Homelessness" entfalteten, werden allesamt von „freien", Stadtteil- oder kirchlichen Gruppen getragen. Weder die Gewerkschaften noch die Demokratische Partei haben eine Alternative zu den Spar-Strategien der Republikaner anbieten können.

Robert Hayes, ein ehemaliger Anwalt von der Wall Street, der die Stadt New York vor Gericht gebracht hat, weil sie es versäumte, ihren Obdachlosen angemessene Unterkunft zu bieten, gründete daraufhin die National Coalition for the Homeless. Diese Vereinigung ist dabei, eine nationale Lobby zu organisieren, um die Bundesregierung unter Druck zu setzen, mehr Mittel für Unterkünfte und Dienstleistungen für die Obdachlosen bereitzustellen. Sie war auch maßgeblich daran beteiligt, den Kongreß zur Abhaltung der Anhörungen im Dezember 1982 zu veranlassen. Ähnliche Vereinigungen haben sich inzwischen auf lokaler Ebene gebildet, meist Zusammenschlüsse von Stadtteilgruppen, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen. Die von ihnen praktizierten Methoden des Lobbying und Drucks auf politische Behörden einerseits, der Versuch, eine Minimalversorgung zu garantieren, andererseits, werden von einigen Gruppen überschritten:

In Washington D.C. beispielsweise hat eine Organisation, die „Community for Creative Non-Violence" (CCNV), eine Zeltstadt für die Obdachlosen direkt gegenüber dem Weißen Haus errichtet, „Reaganville" – in Anlehnung an die

(Photo: Ann Marie Rousseau/„Shopping Bag Ladies")

Hoovervilles, die während der Amtszeit des Depressionspräsidenten Herbert Hoover überall emporschossen. Durch solche medienwirksame Aktion versucht die Gruppe, die schon seit fast zehn Jahren gegen die Obdachlosigkeit in der Hauptstadt aktiv ist, und die auch jeden Abend fünfhundert Mahlzeiten in ihrem Service Center austeilt, mehr Öffentlichkeit zu dem Problem herzustellen. In diesem Winter führte ihre Zeltaktion zu Prozessen, der National Park Service versucht, bereits in der dritten Instanz, „Parks zu bewahren und zu beschützen", während die Anwälte der Obdachlosen argumentieren: „Schlafen ist der einzige Ausdruck des politischen Willens für Menschen, für die ihr Körper das einzige geblieben ist, womit sie demonstrieren können." [20]

Sechs Monate nach Errichtung der CCNV-Zeltstadt begann auch ACORN, mit Reaganvilles gegen die Wohnungspolitik der Reagan-Administration zu protestieren. Die „Association of Community Organizations for Reform Now" ist eine sich seit 1970 von Arkansas in bisher sechsundzwanzig Staaten ausdehnende, ziemlich straff organisierte Lobby „zur Veränderung der Machtverteilung" in den USA [21]. Auch sie griffen den „Homelessness-Issue" auf, und zwar als Teil einer Kampagne, um Bundesunterstützung für ein nationales „Urban Homesteading"-Programm zu erlangen. Wie den Siedlern des Westens Eigentumsrechte eingeräumt wurden, nachdem sie Land bebaut und eingezäunt hatten, so sollen auch die Instandbesetzer verfallender und verlassener Häuser in den Stadtwüsten New Yorks und anderen Gettos billige Darlehen und Zuschüsse zur Renovierung und das Recht auf Nutzungs- und Mietverträge erhalten [22].

Auch die New Yorker „Guardian Angels" haben eine Zeltstadt errichtet, „Kochville Corner", benannt nach dem Bürgermeister Ed Koch. Die meist jugendlichen, aus den Gettos stammenden Guardian Angels haben bisher hauptsächlich Patrouillen in den Subways zur Verbrechensbekämpfung organisiert und sich keineswegs als politische Gruppe verstanden. Jetzt verlangen sie von der Stadt eines der 4.000 leerstehenden, der Kommune gehörenden Häuser, um dort ihr Hauptquartier und ein Shelter für Obdachlose einzurichten. Eineinhalb Monate lang zogen sie mit ihren Pappkartonhäusern die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Lebensbedingungen der Obdachlosen New Yorks, dann wurde „Shantytown" abgerissen, vierundzwanzig „Guardian Angels" wurden verhaftet [23].

Diese Beispiele von Aktivitäten des letzten Winters zeigen, daß sowohl die auf die Legislative bezogenen Lobby-Aktivitäten als auch die medienorientierten Protestaktionen nicht von den Obdachlosen selbst, sondern von ihren professionellen „Fürsprechern" durchgeführt wurden. Angesichts der Heterogenität, der Mobilität und der grundsätzlichen Art des Mangels, mit der die Obdachlosen konfrontiert sind, ist wohl mit einer Fortsetzung dieser Struktur zu rechnen.

Was das Potential dafür, daß sich aus der Obdachlosigkeit eine soziale Bewegung entwickelt, noch weiter einschränkt, sind die divergierenden Interessen und die generelle Erstarrung anderer institutionalisierter sozialer Bewegungen insbesondere der Arbeiterbewegung und der Stadtteil (Neighborhood)-Bewegung. Die Abwanderungen nach Süden und Westen aus den von der Depression gekennzeichneten „Snowbelt"-Regionen des Nordostens und Mittleren Westens werden von führenden Teilen der Arbeiterbewegung als traditionelles – wenngleich schmerzliches – Sicherheitsventil gesehen, das den zurückbleibenden Arbeitern immerhin geringfügig verbesserte Beschäftigungsmöglichkeiten bietet. Die amerikanische Arbeiterbewegung war nie berühmt für ihre Fähigkeit oder ihre Anstrengungen, die „Unorganisierten zu organisieren" – mit wenigen, dafür gut propagierten Ausnahmen setzt sich diese Unfähigkeit in bezug auf die neue Obdachlosigkeit heute fort. Tatsache ist, daß die organisierte Arbeiterbewegung dann, wenn sie selbst mit dem Rücken zur Wand steht, unfähig war und ist, ihren „Brüdern und Schwestern auf der Straße" zu helfen, selbst wenn sie das wollte.

Die Beziehungen zwischen der Stadtteilbewegung, die während der siebziger Jahre ins Licht der Öffentlichkeit rückte, und der neuen Obdachlosigkeit ist ebenfalls problematisch. Einerseits sind die „bag ladies", die nicht-seßhaften Männer und die von der Sozialhilfe lebenden, „multiproblem"-Familien, die sich – sei es aus Furcht, sei es, um ihre Würde zu wahren – weigern, in die städtischen Obdachlosenasyle zu gehen, genau die Leute, die Stadtteilgruppen, die für das Überleben oder die sozioökonomische Aufwertung ihres Viertels kämpfen, *'raus haben* wollen. Dieser Druck ist keineswegs nur auf Stadtteile mit höheren Einkommensschichten beschränkt. Solange der Staat sich weigert,

den bedürftigen Familien und Individuen wenigstens ein Minimum an Versorgung zu garantieren – eine Unterstützung, die es den Stadtteilen beispielsweise ermöglichen würde, Obdachlose in eine sichere und menschenwürdige Umgebung aufzunehmen –, solange ist die einfachste Lösung für einen Stadtteil, sich zu schützen, die, seine Probleme jemand anderem zuzuschieben: einem möglichst weit entfernten anderen Stadtteil.

Die Bemühungen von Stadtteilaktivisten, die versuchen, gegen die Obdachlosigkeit zu mobilisieren, werden oft dadurch vereitelt, daß inzwischen die meisten Stadtteil- und Mieterorganisationen mit ganz bestimmten staatlichen Programmen verknüpft sind, deren Funktionsweise es nicht erlaubt, der Obdachlosigkeit viel Aufmerksamkeit zuzuwenden. Viele Stadtteilgruppen sind etwa in verschiedenen baulichen Entwicklungsprojekten beschäftigt und von daher ganz und gar nicht dazu ausgestattet, soziale Dienstleistungsprogramme anzubieten bzw. dafür zu organisieren. Das Ergebnis ist häufig genug eine Form von institutionalisierter Kurzsichtigkeit. So konstatierte eine Mitarbeiterin eines New Yorker Stadtteilzentrums, das sich mit den Problemen der Obdachlosen beschäftigt, daß die New Yorker Stadtteilbewegung „immer noch nicht die Tatsache akzeptiert hat, daß Single Room Occupancy-Wohnungen und Obdachlosigkeit Teil der Stadtteilbewegung sind. Viele Aktivisten betrachten die Obdachlosigkeit noch als ein Problem psychischer Störung statt als eine Frage von Wohnungsnot." Mit einem Unterton von Frustration, die an Wut grenzt, schreibt diese Veteranin von zehn Jahren Wohnungskampf, daß sie viel Zeit damit verbringe, „andere Aktivisten davon zu überzeugen, daß die Probleme der Obdachlosen und der SRO-Mieter nur die extremsten Teile des Verdrängungsprozesses sind" [24].

Auf der anderen Seite zeigen die Beispiele solcher Organisationen wie ACORN, CCNV und der Guardian Angels, daß ein neues Zusammenwirken politischer Möglichkeiten in praktischer und konzeptioneller Reichweite liegt. Indem sie Obdachlosigkeit mit Hausbesetzung und „Urban Homesteading" verknüpfen, und indem sie die radikale Redeweise des demokratischen Populismus mit phantasievollen Taktiken und Symbolen verbinden, bieten diese Beispiele eine neu belebte Antwort und Provokation sowohl auf die Wohnungskrise als auch auf die politische Herrschaft der Rechten.

(Vgl. zu diesem Thema auch den Aufsatz von Bob Hamburger: „Archipel SRO – Obdachlosenhotels in den US-Metropolen", in: Dollars & Träume *6/1982, S. 69-85)*

Anmerkungen

1 Robert Hayes, National Coalition for the Homeless, vor dem Subcommittee on Housing and Community Development des Repräsentantenhauses, 15. Dezember 1982
2 *New York Times,* 7. Juli 1982
3 Michael Stegman: The Dynamics of Rental Housing in New York City. New York 1982
4 Private Lives/Public Spaces: Homeless Adults on the Streets of New York City. Community Service Society of New York, 1981
5 *New York Times,* 3. September 1982
6 Bonnie Stone, assistant deputy administrator bei HRA, *New York Times,* 3. September 1982
7 *New York Times,* 2. Oktober 1982
8 *New York Times,* 28. Juli 1982
9 *Village Voice,* 16. November 1982, S. 6
10 Judith Cummings: „Surge of Homelessness in Nation Tests Cities' Will and Ability to Cope," *New York Times,* 3. Mai 1982
11 Judith Cummings: „New California Homeless Move from Park to Park", *New York Times,*7. August 1982
12 *Die Zeit,* 24. Dezember 1982
13 *Washington Post,* 16. Dezember 1982
14 Iver Peterson: „Homeless Crisscross US Until their Cars and Dreams Break Down", *New York Times,* 15. Dezember 1982
15 Iver Peterson: „Congress Is Urged to Help Homeless", *New York Times,* 16. Dezember 1982
16 *International Herald Tribune,* 16. Dezember 1982: „Swelling Number of US Nomads Seeks Jobs and Better Life in Next Town"
17 Vgl. Piven und Cloward: The New Class War, New York 1982
18 Setting Municipal Priorities, 1982. New York 1981
19 Vgl. M. Schwelien: „So viele sind jetzt arm", *Die Zeit,* 19. Januar 1983
20 *Frankfurter Rundschau,* 17. Januar 1983
21 *die tageszeitung,* 27. Mai 1982
22 Dave Davies und Paul Choitz: „The New Homesteaders", *In These Times,* 10. August 1982
23 *New York Times,* 4. Oktober 1982; Susan Baldwin: „Guardian Angels for the Homeless", *City Limits,* November 1982
24 Brief von Mimi Rosenberg, West Side SRO Project, New York, N.Y., 4. Mai 1983